

## Bern

# Bieler Romands bevorzugen Nebeneinander statt Miteinander

Welsche SP- und FDP-Stadträte spalten sich von ihren Fraktionen ab und enttäuschen damit ihre Kollegen.

Reto Wissmann

Die Zweisprachigkeit ist das Markenzeichen der Stadt Biel. Ob es mehr ein Miteinander oder ein Nebeneinander der beiden Sprachgruppen sein soll, muss jedoch ständig neu ausgehandelt werden. Vorgänge der letzten Wochen weisen derzeit mehr auf ein Auseinanderdriften statt auf eine Annäherung von Deutsch und Welsch hin.

Bereits Anfang Jahr hatten die Vertreterinnen und Vertreter des Welschfreisinn beschlossen, sich von der deutschsprachigen Schwesterpartei abzuspalten und eine eigene Stadtratsfraktion zu gründen. «Wir wollen nicht immer nur als petit cousin der grossen FDP wahrgenommen werden», begründet Natasha Pittet, Vizepräsidentin des Parti Radical Romand (PRR). Wenige Wochen später vollzogen die französischsprachigen Sozialisten den gleichen Schritt. «Manchmal muss sich die Minderheit von der Mehrheit trennen, um wahrgenommen zu werden», sagt Samantha Dunning, Kopräsidentin des Parti Socialiste Romand (PSR).

## Dominante Mehrheit

Mit dem politischen Gegner abgesprochen war die Abspaltung der Romands nicht. PRR wie PSR beschäftigt aber offenbar dasselbe Unbehagen: Sie fürchten, in der deutschsprachigen Mehrheit unterzugehen. Natasha Pittet sagt es so: «Der Fraktionspräsident ist Deutschschweizer, im Stadtrat wird mehrheitlich Deutsch gesprochen, und auch die Medien zitieren vor allem deutschsprachige Politiker.» Und Samantha Dunning sagt: «Wir wollen als Minderheit sichtbar werden und uns besser Gehör verschaffen.» Bisher war es Tradition, dass die Schwesterparteien FDP und PRR sowie SP und PSR gemeinsame Fraktionen bildeten.

Einen besonderen Anlass für die Trennung gab es nicht. Doch vielleicht hat gerade dies zum überraschenden Schritt geführt. Das Zusammenleben der Sprachgruppen funktioniert in Biel praktisch reibungslos, und die Zweisprachigkeit wird gerne als Standortvorteil gepriesen, darüber diskutiert wird jedoch kaum noch. «Es ist etwas in Vergessenheit geraten, dass wir als Minderheit immer zu kämpfen haben», sagt Dunning, «wir wollen das den Leuten wieder bewusst machen und wieder stärker für die Anliegen der Romands eintreten.»

Die Romands wollen ihre Entscheidung nicht als Zeichen gegen die Zweisprachigkeit gewertet wissen. «Unsere Abspaltung richtet sich nicht gegen den Bilinguismus, sondern ist eine Massnahme zum Schutze unserer Kultur und unserer Sprache», so Samantha Dunning. Auch für Natasha Pittet spielt die Wahrung der eigenen Identität eine wichtige Rolle: «Wir leben in Biel zwar sehr nahe beieinander, die Kulturen sind aber dennoch unterschiedlich.» Die wenigsten



Die Romands wollen im Stadtrat wieder sichtbarer werden. Foto: Adrian Moser

## «Wir wollen nicht als petit cousin wahrgenommen werden.»

Natasha Pittet, PRR-Fraktionspräsidentin

seien tatsächlich in einer zweisprachigen Kultur aufgewachsen.

Aufseiten der Mehrheit ist die Angst vor dem Identitätsverlust naturgemäss kaum vorhanden. Hier ist man über den Alleingang der Welschen enttäuscht. «Es ist ein schlechtes Zeichen für den Bilinguismus, wenn nicht einmal Vertreter der gleichen politischen Gruppierung einen gemeinsamen Nenner finden», sagt FDP-Fraktionspräsident Stefan Kaufmann. Er bedauere zwar den Entscheid des PRR, respektiere jedoch dessen Selbstbestimmungsrecht. Etwas macht ihm aber trotzdem Kopfschmerzen: «Wenn man sich abheben will, kann

man nicht immer gleicher Meinung sein», sagt Kaufmann. Um sich zu profilieren, könnte der traditionell etwas weiter links stehende PRR künftig ab und zu mit der Linken statt mit der FDP stimmen und damit die extrem knappen Mehrheitsverhältnisse kippen.

## Sozialdemokraten verunsichert

Bei den Sozialisten verläuft die Trennung weniger friedlich. Teile der Partei sehen sich in ihrem elementaren Selbstverständnis getroffen: «Auch wenn vieles die Menschen trennt, so ist es doch eine der wichtigsten Überzeugungen der Sozialdemokratischen Bewegung, dass wir als Erstes Menschen und Genossinnen und Genossen sind und erst danach Mann oder Frau, Schweizerin oder Belgier, Romands oder Deutschschweizer», schreibt Frank-Dominik Imhof, Kopräsident der SP-Gesamtpartei, in einer Stellungnahme. Entsprechend bedauert er den «überstürzten Entscheid» des PSR und versucht nun, die welsche Sektion wieder umzustimmen. Selbst die welschen Sozialisten unter sich scheinen sich nicht ganz einig zu sein. Der erfahrenste Vertreter der siebenköpfigen

Gruppe ist jedenfalls bei der deutschsprachigen Fraktion geblieben.

Ist die Spaltung der Fraktionen entlang der Sprachgrenze nun ein Indiz, dass sich in Biel der Röstigraben öffnet? Stadtpräsident Erich Fehr (SP) hält den Ball flach: «Als Zeichen gegen aussen bedauere ich die Trennung zwar, die Probleme dahinter halte ich aber nicht für dramatisch.» Die Gräben zwischen links und rechts seien nach wie vor deutlich tiefer als zwischen Deutsch- und Französischsprachigen.

## Unbehagen der Romands

Virginie Borel, Geschäftsführerin des Forums für die Zweisprachigkeit, stellt hingegen durchaus ein Unbehagen bei den Bieler Romands fest. «Die Minderheit muss ihre Bedürfnisse ausdrücken können. Im Moment hat sie das Gefühl, dass sie das nicht mehr so gut kann», sagt Borel. Die Spaltung der Fraktionen hält sie für einen vernünftigen Schritt. Das Ziel sei nicht die Trennung der Sprachgruppen, sondern die angemessene Vertretung der Interessen. «Es ist besser, jetzt zu reagieren, bevor ein Malaise entsteht.»

# Noch sechs Kantonsangestellte mit mehr als 125 Tagen Überzeit

Der Kanton sei «auf Kurs», ist die Meinung der Geschäftsprüfungskommission zum Thema Überzeit.

Der Abbau von Überstunden in der bernischen Kantonsverwaltung macht Fortschritte. Zu diesem Schluss kommt die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rats. Es können zwar noch nicht alle Angestellten die Vorgaben einhalten, die Zahl ist aber stark rückläufig: Anfang 2016 gab es 37 Fälle mit mehr als 125 Tagen Überzeit. Ende 2016 hatten noch sechs Angestellte ein Guthaben von mehr als 125 Tagen («Bund» vom 6. Februar).

Es handle sich um Einzelfälle, die grossmehrfach nachvollziehbar seien, sagt Peter Siegenthaler (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission.

«In einigen Fällen konnte die Überzeit wegen Krankheit noch nicht abgebaut werden.» Eine weitere Begründung ist die Reduktion des Beschäftigungsgrades: Wenn jemand statt 100 Prozent nur noch 50 Prozent arbeitet, so verdoppelt sich der Stand auf dem Langzeitkonto. Denn bei einer 50-Prozent-Stelle schlägt ein Arbeitstag mit 4,2 und nicht mehr mit 8,4 Stunden zu Buche. Für den Abbau nahm der Kanton auch Geld in die Hand: 12,3 Millionen Franken wurden letztes Jahr ausbezahlt. In diesem Jahr sind dafür 3 Millionen Franken eingeplant.

125 Tage war die Maximalgrenze, die bis Ende 2015 für die Langzeitkonten galt. Inzwischen läuft in der Kantonsverwaltung die zweite Abbau-Etappe. Bis Ende 2019 sollen alle Mitarbeiter höchstens noch 50 Tage auf ihrem Konto haben. Das Ziel soll entweder durch zeitliche Kompensation oder durch Auszahlung erreicht werden. Die Umsetzung

der Vorgabe sei insgesamt gesehen auf Kurs, schreibt die Kommission nach Gesprächen mit der Finanzdirektion. «Wir sind noch nicht ganz dort, wo wir gerne wären, aber wenn es so weitergeht, können die Ziele erreicht werden», sagt Siegenthaler. «Bei der Kontrolle der Überzeit handelt es sich um eine klassische Führungsaufgabe.» Wichtig sei, dass der Kanton aufgrund der Arbeit der Kommission in der Lage sei, «in einem sensiblen politischen Bereich Rechenschaft



Peter Siegenthaler  
Der Thuner SP-Grossrat ist Präsident der Geschäftsprüfungskommission.

abzulegen». Die GPK geht davon aus, dass überschüssige Guthaben Ende 2019 nur in absoluten Einzelfällen ausbezahlt werden müssen. Vorläufig sei das Thema abgeschlossen. Ein Fazit will die Kommission im Rahmen einer Nachkontrolle im Jahr 2020 ziehen.

Einen neuen Anlauf will der Kanton bei der Einführung der Vertrauensarbeitszeit für Kaderangestellte unternehmen. Man habe die Zusicherung erhalten, dass dieses Thema wieder angepackt werde, sagt Siegenthaler. Dies sei auch nötig, denn dazu habe der Grosse Rat schon vor Jahren verbindliche Motionen überwiesen.

Der Kanton arbeitet schon lange am Abbau von Überstunden. Das Thema war 2009 zum Politikum geworden, Auslöser war ein spektakulärer Einzelfall: Ein Angestellter hatte 3700 Überstunden angehäuften und forderte diese beim Ausscheiden aus dem Staatsdienst ein. (wal)

## Kurz

### Sanitätspolizei Bern Im letzten Jahr täglich 50-mal ausgerückt

Im vergangenen Jahr ist die Sanitätspolizei Bern 18 488 Mal ausgerückt, also 50,5 Mal pro Tag. Das bedeutet eine weitere Zunahme der Einsätze, wie die Stadtberner Sicherheitsdirektion gestern mitteilte. In 14 602 Fällen ging es um Primärtransporte. Dabei wurden Personen vor Ort medizinisch erstversorgt und danach in ein Spital oder eine Arztpraxis gefahren. Bei den übrigen Fällen handelt es sich um Sekundärtransporte, bei denen die Erstversorgung im Spital erfolgte. Der Kanton verlangt, dass die Sanitätspolizei in vier von fünf Fällen innert 30 Minuten am Einsatzort ist. Diese Vorgabe hat die Sanitätspolizei Bern nach eigenen Angaben deutlich übertroffen. Bei Lebensgefahr trafen ihre Equipen in 94 Prozent der Fälle innert 15 Minuten nach der Alarmierung am Einsatzort ein. (sda)

### Ostermundigen 14-jährige Fussgängerin unter Auto eingeklemmt

Eine 14-jährige ist gestern Nachmittag in Ostermundigen von einem Auto angefahren worden. Das Mädchen wurde unter dem Auto eingeklemmt, die Berufsfeuerwehr musste die Jugendliche befreien. Der Unfall ereignete sich gemäss Angaben der Kantonspolizei Bern kurz nach 16.30 Uhr am Dennigkofenweg. Ein Autofahrer fuhr von Ostermundigen Richtung Gümligen, als es zum Zusammenstoss mit der jungen Fussgängerin kam. Nach der Bergung brachte ein Ambulanzteam die Verletzte ins Spital. Die Polizei hat Ermittlungen zum Unfallhergang aufgenommen. (sda)

### Stadt Bern Die Velostation bei der Schanzenbrücke wird saniert

Die am oberen Ende der Schanzenbrücke gelegene, älteste Berner Velostation entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Sie wird deshalb saniert und erweitert. Die Bauarbeiten haben gestern begonnen und dauern voraussichtlich bis im Sommer, wie die Stadt Bern mitteilte. Die Verbesserung und der Ausbau der Veloparkierung rund um den Bahnhof Bern sind wichtige Ziele der städtischen Verkehrspolitik, welche den Veloanteil am Gesamtverkehr bis 2030 verdoppeln will. Die aktuellen Bauarbeiten betreffen hauptsächlich den Innenausbau der Velostation. Die Kosten für den Ausbau belaufen sich auf 1,045 Millionen Franken, welche von Bund, Kanton und Stadt getragen werden. Der Kostenanteil der Stadt Bern beträgt 446 000 Franken. (pd)

### Grosser Rat Neue Planung zur Spitalversorgung kommt gut an

Die neue medizinische Versorgungsplanung des Kantons Bern ist bei der Gesundheits- und Sozialkommission des bernischen Grossen Rats (GSoK) gut angekommen: Einstimmig empfiehlt diese dem Grossen Rat, das Papier zur Kenntnis zu nehmen. Der bernische Regierungsrat hatte die Planung, welche Grundlage ist für die bernischen Spitalisten, im vergangenen Jahr in eine Mitwirkung gegeben. Die Planung soll in den Jahren 2017 bis 2020 garantieren, dass der Bevölkerung des Kantons Bern ein ausreichendes Angebot an medizinischen Leistungen bereitsteht. Die GSoK findet insbesondere gut, dass in diesem Papier Möglichkeiten zur Steuerung des Angebots aufgezeigt werden, mit denen der Kanton bei allfälligen Überangeboten korrigierend eingreifen kann. (sda)

### Umfahrung Biel Bund will keine Varianten zum Westast der A 5 mehr prüfen

Der geplante Westast der Autobahnumfahrung von Biel ist umstritten. Nach 40 Jahren Vorarbeit und 50 Millionen Franken für Planung und Projektierung ist der Bund aber nicht mehr für die Ausarbeitung weiterer Varianten zu haben. Die Linienführung der Umfahrung Biel sei Gegenstand zahlreicher Studien gewesen, schreibt der Bundesrat in einer Antwort auf eine Interpellation der Berner SP-Nationalrätin Evi Allemann. Die Landesregierung betont darin, dass das heute vorliegende Projekt das Ergebnis eines partizipativen Prozesses sei. (sda)